ster mitverantwortlich zu machen. Scharf rügte er jene, die sich bei mehreren Betrieben um eine Lehrstelle bewerben und es versäumen, ihre Doppel-Zusage zurückzuziehen: „Ich finde, dieser Mangel an Solidarität sollte als solcher auch gebrandmarkt werden." Bis zu 25 000 Ausbildungsplätze, erzählt Kohl, würden auf diese Weise blockiert.

Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landesarbeitsamtes, Olaf Sund, kann die Bonner Zahlen nicht bestätigen. Obwohl die vom Kanzler unterstützte Lehrstellenbörse der „Bild"-Zeitung jeden belohnt, der eine Lehrstelle frei macht, förderte die Aktion in ganz Nordrhein-Westfalen nur 21 solcher blockierten Ausbildungsplätze zutage.

Vorbei sind die Zeiten, da Kohl es als Oppositionsführer nicht nötig hatte, sich in solche Feinheiten zu verbeißen. Damals noch konnte er schlicht die „verfehlte Wirtschaftspolitik" der Sozialliberalen verantwortlich machen, in deren Regierungszeit die Zahl der Konkurse sprunghaft zugenommen hätte, Lehrstellen mithin kaputtgemacht worden seien.

Das Argument sticht nicht mehr, denn unter den Christliberalen zog die Zahl der Konkurse noch an: im Vergleich zum Vorjahr um über zwölf Prozent.

HESSEN

Rolle rückwärts

In Hessen haben sich vor der Wahl die Fronten verkehrt: Die SPD übernimmt Forderungen der Grünen, die CDU liegt auf Börners Atomkurs.

Holger Börner ist den Grünen nicht mehr geheuer. Der hessische Ministerpräsident, der den Bau der Frankfurter Startbahn West mit der Dachlatte verteidigen wollte und Kernkraftgegner „weltfremde Sektierer" schimpfte, sorgt sich jetzt, daß „die Erosion unseren Boden auswischt" und Atomstrom „im Überfluß produziert" werden könnte.

Die Alternativen sind verblüfft über die Unbekümmertheit, mit der Börners SPD „uns heute unsere Argumente von gestern unter die Nase reibt". Bei Wahlveranstaltungen spotten sie über den sozialdemokratischen Regierungschef: „Unter dem grünen Hemd ist der Börner impotent."

Walter Wallmann, der Gegenkandidat, befremdet die eigene Partei. Anders als sein Vorgänger Alfred Dregger, der im Wahlkampf mit markigen Sprüchen über „die verfilzten Genossen" herzog und ihnen Untätigkeit vorwarf („Der Börner macht ja nichts"), schlägt der neue CDU-Bewerber milde Töne an. Der Frankfurter Oberbürgermeister lobt in seinen Reden ausdrücklich „Herrn Börner als aufrechten Demokraten", und auch den Freien Demokraten, den möglichen Koalitionspartnern, will er nicht „das Gesicht nehmen".

In der Hessen-CDU, unter Dregger ein straff geführter politischer Kampfverband, gefällt vielen die sanfte Tour des neuen Spitzenmannes nicht. „Der hat wohl keine Lust", beschwerte sich ein CDU-Kreisbeigeordneter nach einem müden Wallmann-Auftritt in Wiesbaden.

In Hessen, wo am Sonntag ein neuer Landtag gewählt wird, haben die Spitzenkandidaten das Profil gewechselt. Börner hat sich trickreich vom sturen Atom- und Betonpolitiker zum besorgten Umweltschützer gewandelt. Er will ganz unverhohlen „einen wesentlichen Teil der grünen Wähler wiederhaben". Nur wenn die Sozialdemokraten die



Sozialdemokrat Börner
Trickreich gewandelt

absolute Mehrheit erringen, kann Börner, der „alle Koalitionen satt" hat, Ministerpräsident bleiben.

Wallmann, der nach Dreggers Scheitern vor einem Jahr nur widerwillig die CDU-Führung übernahm, muß in der Atompolitik seinem Vorgänger folgen, was ihm aus wahltaktischen Gründen gar nicht behagt. Das Umwelt- und Energieprogramm der Hessen-CDU, ganz nach den Vorstellungen des CSU-Innenministers Friedrich Zimmermann ausgerichtet, übertrifft noch Börners ehemals strammen Kernkraftkurs.

Ob nun Wallmann oder Börner siegt – „in Hessen werden die Grünen", wie die linke „Tageszeitung" („taz") prophezeit, „auch nach diesen Wahlen ihre Grenzen erfahren".

Die „hessischen Verhältnisse" zumindest, die Abhängigkeit von den Grünen im Parlament, sollen, nach dem Willen



Christdemokrat Wallmann
Stramm auf Atomkurs

beider großen Parteien, am Sonntagabend beendet sein. Seit der letzten Landtagswahl im September 1982 (CDU: 45,6 Prozent; SPD: 42,8; Grüne: 8,0; FDP: 3,1) amtiert Börner nur noch als geschäftsführender Ministerpräsident, bei Parlamentsentscheidungen war er auf die Stimmen der Grünen angewiesen. Als die Grünen sich gegen den Haushalt sperrten, entschieden sich die Sozialdemokraten für Neuwahlen.

Behalten die Demoskopen recht, dann wird sich allerdings im hessischen Landtag nicht viel ändern: Die CDU liegt nach den Umfragen vor der SPD, die FDP knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde, die grüne Partei leicht darüber.

Bei einem solchen Wahlausgang wollen die Sozialdemokraten auf einem Sonderparteitag entscheiden, wie in Hessen regiert wird. Zur Auswahl stehen ein Bündnis mit den Grünen, eine Große Koalition oder die Tolerierung eines CDU-Minderheitskabinetts, eine Lösung, so ein SPD-Landtagsabgeordneter, „für die in der Partei zur Zeit die breiteste Stimmung herrscht".

Damit es dazu erst gar nicht kommt, sollen abtrünnige Wähler (Börner: „Wir brauchen nur 60 000") zurückgewonnen werden, die vor allem wegen der umweltbelastenden Großprojekte der Landesregierung zu den Grünen gelaufen sind. Was Börners SPD jetzt verspricht, könnte größtenteils aus dem Repertoire der Grünen stammen.

Umweltminister Karl Schneider legte ein langfristiges Programm „Arbeit und Umwelt" vor, mit dem bundesweit durch Umweltschutz-Investitionen in astronomischer Höhe von 770 Milliarden Mark

in den nächsten 15 bis 20 Jahren rund 760 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Die Wiesbadener Landesregierung ergriff als erste die Initiative zur Einführung bleifreien Benzins und brachte im Bundesrat ein Schwefelabgabengesetz ein, das wirkungsvoller wäre als Zimmermanns lasche Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die nach Schneiders Einschätzung „eher der Industrie als den Bäumen hilft".

Und die Landesregierung ist auch von ihren einstmals ehrgeizigen Atomplänen abgerückt, sie will den Bau kleinerer Kraftwerke mit Wärme-Kraft-Kopplung vorantreiben. Ein dritter Reaktorblock soll in Biblis nur errichtet werden, wenn durch ein Endlager auf deutschem Boden „die Entsorgung gesichert" und „ein solcher Zubau im Rahmen des Bedarfs unabdingbar erforderlich ist" (Börner).

Auch im nordhessischen Borken wollen die Sozialdemokraten keinen Atommeiler haben. Bei sinkendem Energieverbrauch, argumentieren die Genossen, sei es ausreichend, das Braunkohlekraftwerk auf Steinkohle aus dem Ruhrgebiet umzustellen. Die Landesregierung untersucht derzeit, ob Borken auf abgasarme Wirbelschichtfeuerung umgerüstet werden kann.

Die CDU hingegen hält unbeirrt an den Plänen zusätzlicher Kernkraftwerke in Biblis und Borken fest. Wenn die SPD das verhindern wolle, wirft Wallmann den Genossen in Wahlreden polemisch vor, betreibe sie „Maschinenstürmerei" und blockiere „Tausende von Arbeitsplätzen". Mit Blick auf Bonn ist Wallmann in Hessen eben gehalten, Zuwachs an Energieproduktion zwar zügig, Maßnahmen gegen den Sauren Regen aber gemächlich umzusetzen.

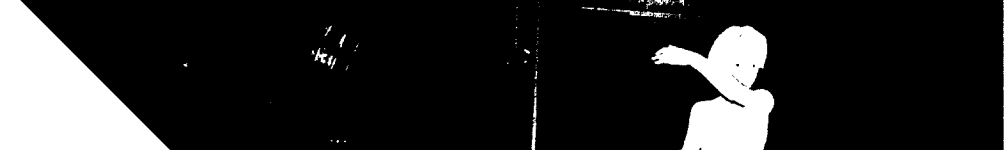
Hessische Sozialdemokraten machen eine andere Rechnung auf. Die Betreiber eines neuen Kernkraftwerks könnten nur wenige Spezialisten neu einstellen, die „örtlichen Arbeitskräfte aber gucken in die Röhre" (Schneider). Und bis in Borken von Kohle auf Kernenergie umgestellt wäre, so die Sorge der SPD, „ist der deutsche Wald längst tot".

Nach der von Zimmermann in Reformer-Pose vorgestellten Großfeuerungsanlagen-Verordnung wäre eine Stilllegung der „Dreckschleuder" in Borken, wie Landrat Eitel Oskar Höhne das Kraftwerk nennt, „frühestens 1991 fällig". Der SPD-Politiker hält die auch von der hessischen CDU unterstützte Bonner Verordnung für eine „Selbsttäuschung der Bundesregierung oder Täuschung der verunsicherten Öffentlichkeit".

Zwar hat auch die hessische CDU-Führung in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl gefordert, gegen das Waldsterben auf die umweltschonende Wirbelschicht-Technologie zu setzen. Vor Ort in Frankfurt aber hat Wallmann gegen SPD und Grüne durchgesetzt, daß die Erweiterung des Kraftwerks West nur mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage ausgerüstet wird – die Frankfurter Luft wird mit bis zu 1000 Tonnen Ausstoß an Stickoxiden zusätzlich belastet. Auf dem Umweltsektor, befürchtet Minister Schneider, macht Wallmann „die Rolle rückwärts".

Ob in Hessen künftig Umweltpolitik à la Zimmermann betrieben wird, hängt vor allem davon ab, wie die FDP die Wahl übersteht. Damit die Machtübernahme der Union nicht erneut scheitert, setzt die CDU seit letzter Woche auf die Liberalen. „Jede Stimme für die FDP ist auch eine Stimme für mich", heißt jetzt der Slogan Wallmanns. Und der Christdemokrat riskiert damit, daß er im Kampf um die Position als stärkste Partei womöglich entscheidende Stimmen abgibt. „Durch diesen Huckepack", hofft Ministerpräsident Börner, „schneidet sich die CDU ins magere Fleisch."

Doch auch in Hessen bleibt den Christdemokraten keine andere Wahl: „Wenn wir denen hinten keine Rakete zünden", begründet CDU-Sprecher Peter Scherer die Stützaktion, „dann packen sie es nicht."



Wahlveranstaltung der Grünen*: „Unter dem grünen Hemd ist Börner impotent"

* Am 5. September in Offenbach.

BREMEN

Links zerfleddert

In Bremen, wo die Grünen vor vier Jahren erstmals in ein Landesparlament einzogen, könnte am Sonntag ihr politischer Niedergang beginnen.

Vor dem Bremer Rathaus trotzt Bürgermeister Hans Koschnick 2000 Demonstranten, die gegen die geplante Werftenschließung und den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen protestieren. „Wenn ihr mich nicht mehr haben wollt", ruft der Regierungschef des kleinsten Bundeslandes den Arbeitern zu, „müßt ihr es mir sagen."

Ob die Bremer der Aufforderung folgen, wird sich am kommenden Sonntag zeigen, wenn Koschnick und die Sozialdemokraten bei der Bürgerschaftswahl ihre absolute Mehrheit im Parlament des Stadtstaates verteidigen müssen.

Die Chancen der seit 38 Jahren regierenden Genossen, ihre Stammwähler zu halten, stehen schlecht. In Bremen und Bremerhaven, wo sich Problembranchen wie Fischerei, Schiffbau und Stahlindustrie ballen, geht es den Arbeitern schlechter als anderswo in der Republik.

Mit 13,4 Prozent hat der Zwei-Städte-Staat die höchste Arbeitslosenquote. Die Schulden des kleinen Bundeslandes sind so stark gewachsen, daß jeder Bremer rund 12 000 Mark aufbringen müßte, um sie zu begleichen – ein westdeutscher Rekord. Und seit in der Hansestadt ganz konkret über eine Schließung der Werft „AG Weser" gesprochen wird und 2200 Arbeitsplätze wegfallen sollen (siehe Seite 30), sind selbst SPD-Bürgerschaftsabgeordnete sicher: „Jetzt ist die absolute Mehrheit weg."

Auf diese Spekulation will sich Hans Koschnick, 54, mit fast 16 Amtsjahren dienstältester Regierungschef eines Bundeslandes, vor der Wahl zwar nicht einlassen. Aber gegenüber Parteifreunden kalkuliert der Sozialdemokrat den Machtverlust ein: „Wir müssen auch über das Koalieren nachdenken."

Fragt sich nur mit wem. Die Christdemokraten, die bei der Bundestagswahl im März mit 34,2 Stimmprozenten ihr